

Deutscher Reichstag.

Sitzung am 24. April.

Die heute vom Reichstage fortgesetzte zweite Beratung des Kirchenbenedictengesetzes hatte ebenfalls wie die gestrige Discussion mehr den allgemeinen Charakter der Vorlage, als ihre einzelnen Bestimmungen zum Gegenstande.

Abg. Meyer (Lithorn) motivirte kurz den Antrag der freien Commission zu §. 2. Man müsse das durch die Bestrafung leider notwendig gewordenem Gesetz mit solchen Garantien umgeben, daß eine wirkliche Auslegung ausgeschlossen bleibe. Von der Annahme dieses Gesetzes (den alle liberalen Fractionen billigen) sei die Annahme des ganzen Gesetzes abhängig. Weit über die juristische Bedeutung dieser Anträge geht über die politische Bedeutung. Die Annahme des Gesetzes mit den Anträgen sei die Documentirung der Einheit aller Parteien in Deutschland, die auf Grund des nationalen reichsfreundlichen Programmes stehen. Ihnen gegenüber ständen isolirt bloß die Anhänger des Centrums, welche hoffentlich in Folge dieser Beschlüsse bald auf den Boden zurückkehren würden, den sie zu seinem großen Bedauern verlassen hätten, auf dem Boden des Reichsfriedens.

Der Regierungskommissar Fröcker stellt die Annahme der Anträge der freien Commission von Seiten der verbandelten Regierungen in Aussicht.

Abg. Delan Len der aus. Boden (Centrum) meint, die Anwendung des in Rede stehenden Paragraphen würde dazu führen, daß in kurzer Frist Hunderte von Geflüchten den Wanderstab ergreifen und ihre Gemeinden verlassen müßten. Die Milde der Internirung habe keine Bedeutung. Die Geflüchten würden, in ihrem Verzuge verhöret, sich von einem Orte zum andern jagen lassen und ohne Existenzmittel das Vaterland schließlich verlassen. Das sind Zustände, wie sie ähnlich bloß im Jura existiren. Diese Zustände dort sollten aber von dem Entschlusse abbringen, auch im Deutschen Reich ähnliche hervorzubringen. Wenn die Regierung keinen Kampf mit der katholischen Kirche will, wie gestern vom Bundesrathstische gesagt worden ist, so ist die Basis zu einer Verständigung gegeben, es ist dies die Anerkennung der päpstlichen Inquisition der Kirche. Rechner wünscht, daß der Reichstag den Kampf einstelle, wie auch auf der Revisor nach dem ersten Gange, wenn beide Gegner Ernst gezeigt hätten, oft Frieden geschlossen würde.

Abg. Bähr (Offenbach) constatirt jedoch aus seiner Praxis, daß der Zweikampf erst dann ein Ende habe, wenn einer der beiden Theile sich für kampfunfähig erkläre. Wollte die römische Curie eine solche Erklärung abgeben, so könnte der Staat Frieden schließen, anders nicht.

Nachdem der bayerische Ministerialdirector Riedel den aufgestellten Behauptungen entgegen betont hatte, daß durch das vorliegende Gesetz keinerlei bayerische Reservatrechte verletzt würden, wurde die zweite Lesung geschlossen.

Das Haus ging nun zur dritten Beratung des Preßgesetzes über. Auch über dieses hatte eine freie Commission, aus Mitgliedern aller Fractionen bestehend, mit der Regierung Abklärung zu gewinnen gesucht; aber das Resultat dieser Unterhandlungen referirte der Abg. Marquardt, während Präsident Delbrück die Zustimmung des Bundesraths zu den Abänderungsvorschlägen in den Hauptpunkten in Aussicht stellte.

Abg. Sonnemann sprach sich gegen jeden Compromiß in dieser Angelegenheit aus und will lieber das ganze Preßgesetz verwerfen, als auch nur eine der strikten liberalen Forderungen preisgeben.

Vasler erklärt den Wegfall der Stempelsteuer und Cautionen für das zweifelslos schwerwiegendste Moment. Die Bestimmung über den Zwangszwang gehöre nicht in dies Gesetz, sondern in die Proceßordnung. Die Beschlagnahme werde nach dem Amendement Marquardts erträglich, weil „bringende Gefahr“ bestehen müsse. Rechner will sich nicht dem Vorwurfe antzehen, in anderen Fragen zu einer Verständigung bereit gewesen zu sein, und hier, wo es sich um Volksrechte handelte, dieselbe abzulehnen. Er wird daher für die Anträge Marquardts stimmen.

Nach der Abg. Windthorst erklärt sich bereit, vorläufig Dasjenige zu nehmen, was ihm geboten werde.

Die erwähnten Aenderungsanträge wurden demnach im Einzelnen fast ohne Debatte angenommen. Nur die Bestimmung, nach welcher Redactoren, Verleger und Drucker das Zeugnis über die Person des Verfassers oder Einfänders hervorbringen können, wird gestrichen, nachdem Präsident Delbrück ausdrücklich erklärt hatte, daß der Entwurf mit dieser Bestimmung den Regierungen unannehmbar sein werde. Die Schlussabstimmung wurde für morgen vorbehalten.

Nur Lage.

Berlin, 24. April. Es ist ausgemacht, daß nicht erst am Dienstag, wie einige Blätter irrthümlich angeben, sondern bereits am Sonnabend der Reichstag seine Beratungen abschließt und daß am Sonntag Mittag der Kaiser das Parlament in feierlicher Weise entläßt. Würde in letzterer Beziehung bis Sonnabend Nachmittag eine Aenderung nöthig sein, so erwirkt der Staatsminister Dr. Delbrück eine kaiserliche Cabinetsordre, welche ihn beauftragt,

die Session des Reichstages zu schließen. Der Präsident, und das Plenum des Hauses haben alle Geschäfte so gelegt, daß über morgen hinaus die Session nicht währet; und gelänge es dem Reichstage nicht, in der schon Vormittags 10 Uhr beginnenden Sitzung mit den dritten Lesungen des Kirchenbenedictengesetzes, des Preßgesetzes und eines kleinen Finanzgesetzes bis gegen 5 oder 6 Uhr Nachmittags fertig zu werden, so würde eine Aenderung eintreten zu folgen haben. Schon heute sollte eine Aenderung stattfinden; der Präsident hatte sie vorgeschlagen und die Abgeordneten waren darauf vorbereitet. Allein innere Gründe machten ein solches Arrangement im letzten Augenblicke unmöglich, denn das Haus mußte pöblich in der dritten Lesung des Preßgesetzes eine Pause eintrreten lassen, weil über einen wichtigen Punkt des Entwurfs eine Verständigung zwischen Bundesrath und Reichstag nicht sofort herbeizuführen war, und weil man voraussetzte, in der Zwischenzeit von 5 bis 8 Uhr würde möglichen Falls der Ausgleich nicht gefunden werden können.

Morgen werden nun Präsidium und Parlament auf der Hut sein müssen, damit nicht abermals ähnlich eintretende äußere Schwierigkeiten den Bundesrath und das Haus überfallen. Nach Schluß der dritten Lesung des Preßgesetzes muß nämlich der Entwurf, weil er in der letzten Beratung Aenderungen erfahren hat, nochmals gedruckt und schon während der Sitzung bertheilt werden, und zu vertheilen ist, daß nachträgliche Aenderungen am Kirchenbenedictengesetz vorgenommen werden, denn der Tag hat keine bestimmte Stundenzahl, und auch das Kirchenbenedictengesetz während der Sitzung nochmals drucken und vertheilen zu lassen, würde bei aller von der Druckerlei angewandten Mühe kaum möglich sein.

Die Abgeordneten haben sich wegen des eilfertig bringenden Berichtes beruhigt. Derselbe bleibt bei den parlamentarischen bis zur Herrschaft; zu seiner Vertheilung steht es außer an Zeit auch an Lust. Wiederholt ist des Reichstages gedacht worden und ein Zurückgreifen auf die eilfertig bringenden Angelegenheiten wird in keiner Weise für dringlich, geschweige denn für notwendig erachtet. In Sachen des Preßgesetzes haben die Parteien des Reichstages gezeigt, daß sie sich auf Disciplin verstehen. Sie verschmähen allesamt eine principielle Opposition gegen den Bundesrath, nachdem letzterer dem Hause Zugeständnisse gemacht hat; das Beständelommen des Gesetzes wird für so notwendig erachtet, daß Jeder auf die Geltendmachung persönlicher Wünsche gern verzichtet.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Der erste Vertreter des Deutschen Reiches in Marokko, der dort sehr entgegenkommend aufgenommen ist, der kaiserliche Ministerresident v. Gillych, hat, da der Sultan von Marokko zum Behuf einer Consolidirung seiner Herrschaft sich an der Spitze seiner Truppen auf einem Zuge durch das Land befindet, sein Beglaubigungsschreiben, wie auch ihrer Zeit seine Collegen von England und Frankreich, dem marokkanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Ersuchen übergeben, dasselbe an seinen Souverain gelangen zu lassen. In Erwiderung darauf hat Sultan Ruler, El. Hassan auf demselben Wege ein Schreiben an Se. Majestät den Deutschen Kaiser gerichtet, welches folgendermaßen beginnt: „An Se. Majestät den Kaiser von Deutschland, König von Preußen, den Mächtigen. Gelobt sei der ewige Gott und es ist keine Macht noch Kraft gegen Gott, sondern nur in Gott, dem Höhen und dem Allmächtigen. Der Diener Gottes, der seinen Glauben in Gott setzt, der alle seine Sorgen in die Hände Gottes legt, der Führer der Gläubigen, der Sohn des Fürsten der Gläubigen (solgt noch fünf Mal das letzte Prädicat), dessen Kriegsherrn Gott beschützt, dessen Standarten und welche sie umgeben Gott beschützen wolle, — an den Geliebten, den Mächtigen, den Gottreichlichen, den Erhabenen, den hoch über Alle, die ihm sonst gleich sind, Hervorragenden, den in dem Kreise aller Einsichtigen an Einfluß allen Ueberlegen, den, welcher einen gewaltigen Willen hat inmitten seines Rathes, Seine Majestät Wilhelm, Kaiser von Deutschland und König von Preußen.“ Zum Schluß heißt es: „Was ich will und was ich wünsche und was mir eine besondere Freude ist, Das, daß ich mich in Freundschaft mit den mächtigen Kaisern zu verbinden und die Thore zum Guten zu öffnen wünsche zwischen mir und denen, welche Macht und Talent haben, und ich werde immer Verzeile bleiben und wir werden immer vereint sein. Denn Euer Hof ist der mächtige Hof, Eures Hofes Hof.“

Die Arbeiten der Justicommission des Bundesrathes sind wieder aufgenommen worden und zwar bildet den Gegenstand der gegenwärtigen Behandlung das Gerichtsorganisationsgesetz. Dieses Gesetz bietet bekanntlich an nahe liegenden Motiven die größten Schwierigkeiten; die Justicommission wird politischen Motiven wohl einen größeren Einfluß einräumen müssen, als sonst bei solchen Gesetzen üblich, und die juristisch-technischen Betrachtungen dürften daher einigermaßen in den Hintergrund treten.

Der Vorsitz in der Commission hat, der preuss. Justizminister Leonhardt; auch die anderen Staaten sind durch lebende Minister vertreten. Der Verhandlung über die Gerichtsorganisation liegen der ursprüngliche Entwurf des Reichsfinanzministers, der preussische Entwurf und dann in letzter Linie das von dem Reichstag erstattete Gutachten zu Grunde. Die nächste Herbstsession des Reichstages wird so voranschreitend drei Entwürfen großer Justizgesetze sich gegenüber befinden und man darf daher einer Session entgegen sehen von einer Länge und Rührsamkeit, wie sie der deutsche Reichstag noch nicht gesehen hat. Um so mehr ist die bevorstehende Sommerpause den Abgeordneten zu gütigen, von denen übrigens eine größere Anzahl alsbald ihren heimischen Landtagen sich werden zuzuwenden müssen.

Der Reichshof von Bayern hat das Erkenntnis gegen den Bischof von Nancy gefällt und den Prälaten in contumaciam zu 50 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

Zur Feier der Annahme der Bundesrevision hat am Montag Abend in Bern ein Fackelzug stattgefunden, welcher trotz einer schnellen Organisation wohl der glänzendsten war, den die Bundesstadt je gesehen. In endloser Reihe zogen die Fackelträger, das eigenhändige Banner voran, unter den Klängen der Musik und Kanonendonner nach dem Bundespalast, vor dessen Portal Nationalrath Dranner an, den auf einer dort errichteten Estrade versammelten Bundesrath im Namen Berns eine warme, begeisterte Ansprache richtete. „Heute“, sagte er, „sind alle Schwierigkeiten, welche der so notwendigen Reorganisation und Rebefestigung unseres Bundes entgegenstanden, überwunden, und doch bleibt es — wir dürfen dies mit Freuden bezeugen — im Schweizerlande neuer Sieger, noch Besiegte. Der Berner erblickt in einem starken Bunde die sicherste Gewähr für die Unabhängigkeit des Vaterlandes und für eine freie, vorwärtsstrebende Entwicklung unserer inneren Verhältnisse. Die Stadt Bern rechnet es sich zur Ehre an, durch ihre Stimmgebung an dem gestrigen Entscheidungstage dieser Bestimmung einen klaren und entschlossenen Ausdruck gegeben zu haben, und Ihr könnt versichert sein, daß wenn das Vaterland ruft, der Berner diesem Rufe zu jeder Zeit mit Freuden folgen wird.“ Diese Ansprache wurde vom Bundes-Präsidenten Schenk eben so warm beantwortet: „So tief und frohbewegt haben wir diesem eigenhässlichen Banner, haben wir unserm Vaterlande lange nicht mehr zugehört wie heute, wie gestern um Mitternacht, als uns die volle Sicherheit gemeldet, daß das große Werk gelungen, daß der neue Bund von Boll und Ständen in großer Mehrheit bejaht und besiegelt sei. Unsere Freude ist ungetrübt, trotz der 150,000 Reiner, welche gestern in die Urne gefallen sind denen gegenüber, welche im Vaterlande und in seinem Bolke ihre Wurzeln nicht suchen und nicht finden wollen, wird die neugeborene Delvetia ihre Wacht brechen. Ihnen gegenüber wird sie fest und entschieden zur Geltung bringen, was das Schweizervolk am heutigen Tage als seine Meinung erklärt und besiegelt hat.“ Ein allgemeines Hoch auf das Vaterland und die Hymne „Heil dir, Delvetia!“ schloß die Feier. In ähnlicher Weise gab der Volksgesang in Basel, Zürich, Genève, Burgdorf, Biel u. seinen Gebrühen Ausdruck.

In Frankreich erregt das Auftreten eines Herrn Piccon, Deputirten aus den Seapalen, unliebsames Aufsehen, der in Rizza bei einem Eisenbahnanlasse in italienischer Sprache den Hoffnungen Ausdruck ließ, daß Rizza wieder mit Italien vereinigt würde. Dieser Herr bezeichnete sogar in sehr begeisterten Ausdrücken den Augenblick, welcher Rizza, „die der Unabhängigkeit Italiens zum Opfer gebrachte Inghenie“, seinem Vaterlande zurückzugeben werde, als nahe bevorstehend. Die Pariser Presse verlangt nun die Ausschließung des genannten Herrn aus der Nationalversammlung. Die weitere Entwicklung dieses Zwischenfalls darf mit Spannung abgewartet werden, jedenfalls ist die Aenderung des Herrn Piccon, dessen Wünsche mit denen der großen Majorität der Einwohner Rizzas übereinstimmen, in diesem Augenblicke der Regierung äußerst unangenehm, wo man sich bemüht, den Riß, der zwischen Italien und Frankreich seit 1870 klafft, in exträrdlicher Weise anzuschließen, und wo man von der Erhöhung der beiderseitigen Gesandtschaften zu Botschaften spricht. Wundersam wäre es übrigens, wenn wir nicht in nächster Zeit den Deputirten Piccon als Pensionat des Reptilienfonds und Sendling Bismarcks in den Zeitungen der französischen Hauptstadt gebrandmarkt sähen. Die Art und Weise, wie selbst genährte und vernünftige Blätter dafelbst, z. B. das „Journal des Débats“ die Annahme der Militärvorlage durch den Deutschen Reichstag besprechen, zeigt übrigens von Neuem, wessen wir uns französischerseits zu versehen haben und beweist, wenn ein Beweis noch nöthig wäre, wie verständig Regierung und Reichstag handelten, als sie den Compromiß abschlossen.

Der englische Finanzminister hat dem Parlament und dem ganzen Lande in seiner Budget-Rede die freudige Ueberraschung bereiten können, daß der für das laufende Jahr berechnete Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben nicht nur die von Gladstone bereits angeführten fünf, sondern gar die Höhe von sechs Millionen Pfund Sterling erreicht. Diese

Mittheilung genügte schon, ihm eine dankbare Zustimmung zu sichern, aus welcher selbst von gegnerischer Seite ihm vielfach Beifall gezollt wurde. Freilich hat Sir E. Northcote sich im Ganzen und Großen das Gladstone'sche Budget angeeignet; nur die Vorschläge zur Vermeidung des Ueberschusses sind das Werk der neuen Regierung. Sie müssen die Ermäßigung des Einkommensteuersatzes von 3 auf 2 Pence im P. S., die Aufhebung des Buderzölles, der Pferdesteuer und die Uebnahme einiger Gemeindefinanzen auf das Staats-Budget. Während die vorige Regierung in der Verwaltung der Finanzen das Lob ihrer Nachfolgerin erntete, war das Gegentheil der Fall bei der Vorlage des Platten-Budgets. Sowohl der neue Finanzminister Ward Hunt wie einige jeemännliche Abgeordnete sagten bitter über den Zustand der Kriegsstelle, die dem Rahmen des meerberrschenden Imperiums nicht im Mindesten entsprechen. Wenn es jetzt noch nicht geschehen ist, so kann es doch nicht lange aufbleiben, daß, wie andere Mächte für ihre Armeen, so England für seine Flotte einen ganz erheblichen Mehrbedarf auf das Budget bringt.

Nach zuverlässigen Nachrichten des „Reichs-Anzeigers“ hat die königlich dänische Regierung beschlossen, zum Schutze des auf der westlichen Seite der Halbinsel Jütland betriebenen Fischfangs ein Kriegsschiff in der Nordsee zu stationiren, dessen Commandant den Befehl erhalten wird, alle fremden Fischer, welche verjagt werden, ihrem Gewerbe innerhalb des dänischen Seegebietes nachzugehen, sofort aus dem Bereiche desselben zu entfernen. Als Grenze dieses Gebietes wird dänischerseits eine in Entfernung von 1/2 Meilen (3 Seemeilen) vom dem äußersten Punkte des Festlandes oder der am weitesten von diesem entfernten und Meeresüberschneidungen nicht angelegten Insel laufende Linie angenommen.

Wie Carrano sich endlich entschlossen hat, seinen Angriff gegen die feindliche Armee von mehreren Seiten zugleich zu unternehmen — zwei Brigaden mit Artillerie versehen und zusammen 5000 Mann stark sind am Mittwoch aus dem Lager von San Pedro Abanto in der Richtung von Balmaceda abmarschirt — so scheinen auch die Carliten die Operationsbasis der republikanischen Truppen bedrohen zu wollen. Einzelne Bänder haben sich schon früher in der Umgegend von Santander anhergetrieben und ihr Augenmerk insbesondere auf die Zerschlagung der telegraphischen Verbindung mit Madrid gerichtet; jetzt sollen sie sogar einen Donnstreich auf Santander zu versuchen beabsichtigen. Es sind daher, um die Stadt zu sichern, 1400 Mann von Castro dorthin zurückgeschickt. Die starken Regengüsse sind den Republikanern sehr hinderlich in ihren Arbeiten gewesen, haben dafür aber auch die carlistischen Positionen geschädigt, indem die angeschwollenen Gebirgsbäche einen Theil der Schanzgräben vernichtet haben. Zum Nachfolger des im Kampfe gefallenen Generals Dilo hat Don Carlos Mendiri, den „Generalcapitain“ von Navarra, ernannt; einen Mann, der bei den navarresischen Truppen nicht so beliebt scheint, wie Dilo, dessen Tod als ein großer Verlust für die Carliten anzusehen ist. Die letzten Nachrichten aus Bilbao lauten dahin, daß von Morgens 1 Uhr am 6. ds. bis Morgens um 7 Uhr am 8. ds. 425 Bomben in die Stadt geworfen worden sind; in Bezug auf den gestifteten Schaden wird nur bemerkt, daß ein Haus in der Santa-Barbarastraße abgebrannt ist. Pferdefleisch kostet 2 Realen (51 Pfennige) das Pfund; die Fleischpreise scheinen also von der Hungersnöthigkeit noch weit entfernt zu sein.

Verchiedenes.

— Graufiges Ende. Von einem entsetzlichen Unglücksfall ist am Mittwoch früh einer der Theilhaber der achtbaren Firma Rentner & Co. in Berlin betroffen worden. Die Firma, deren Chef zwei Brüder sind, besitzt in der Prenzlauer Straße ein großes Fabrikabstimmungs- und am Mittwoch Vormittag zwei neue Maschinen zum ersten Male in Betrieb gesetzt werden sollten. Die beiden Chefs waren selbst in der Fabrik zugegen, um die besaglichen Arrangements zu treffen. Kurze Zeit, nachdem die Maschinen in Bewegung gebracht worden, kam der eine der Brüder einem Treibrade zu nahe, wurde von diesem erfaßt und in eine so unglückliche Lage gebracht, daß der von oben herab fallende certnerschwere Hammer ihm mit einem Schlage den Schädel zermalmete. Der Tod trat auf der Stelle ein.

— Aus dem von Ebersdorf nach Schleiß fahrenden Postwagen wurde am Sonnabend den 18. April auf eine höchst schlaue Weise ein Geldbeutel mit 800 Thalern entwendet. Im fraglichen Wagen saß nämlich ein einziger Passagier, welcher jedenfalls wagte, daß der besagte Geldbeutel sich unter dem Sitze des Postknechts befand, und daß nur die übrigen Pakete im hinteren Theile des Wagens aufbewahrt wurden. Während der Fahrt sagte der Genannte mittelst einer Laubfuge das hintere Bret des Postknechts durch, nahm den Geldbeutel heraus und ging mit demselben auf und davon, als der Wagen in Schleiß ankam.